

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/80

26. April 1974

Abwehrbereit und schlagkräftig

Der Fall Guillaume und unsere Demokratie

Seite 1 / 41 Zeilen

Würdiger Repräsentant des freien Europas

Willy Brandt erreichte Wendepunkt im Verhältnis  
Nordafrika-EG

Von Wilhelm Dröschner

Mitglied des Präsidiums der SPD und Präsident  
des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Seite 2 und 3 / 43 Zeilen

Trockenschwimmen nützt da nichts

CDU-Plan für ärztliche Versorgung ist eine  
Roßfäusung

Von Dr. med. Hans Bardens MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft  
sozialdemokratischer Ärzte

Seite 4 / 33 Zeilen

Sorgen um die Vielfalt der Presse

Schwere CDU-Veräußerung in Baden-Württemberg

Von Dr. Rudolf Schieler MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Baden-  
Württemberg

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckert

6300 Bonn 12, Heussallee 8-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Abwehrbereit und schlagkräftig

Der Fall Guillaume und unsere Demokratie

Der Fall des 47jährigen ODB-Agenten Günter Guillaume ist ein Lehrbeispiel für die Schlagkräftigkeit dieser deutschen Demokratie, der allzuoft unterstellt wird, daß sie sich ihrer Haut nicht zu wehren versteht. In enger Zusammenarbeit zwischen allen zuständigen Behörden und, in diesem Falle, den verantwortlichen SPD-Gremien ist in intensivsten und weitgreifenden Recherchen das Netz um den von der SED eingeschleusten und vom "Nullpunkt", dem politischen Flüchtling, über fast zwei Jahrzehnte aufgebauten Agenten so rechtzeitig geschlossen worden, daß nicht nur er als Kern, sondern der ganze Ring aufgespürt werden konnte. Die vor allem auch mit Hilfe des Kanzlers selbst erfolgte Aufdeckung der Affäre ist über den Fall hinaus ein entscheidender Schlag gegen die Spionagetätigkeit des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit.

Es denkt niemand daran, die Möglichkeiten herunterzuspielen, die dem Volkarmeehauptmann Günter Guillaume in seinen verschiedenen und verschiedenwertigen Tätigkeiten gegeben waren. Es wäre aber falsch, wenn man ihn, veranlaßt durch die Modellhaftigkeit seines Einsatzes als rundumgetarnten Agenten neuen Stils, nachträglich Ausspähchancen zuschanzen würde, die er in der Begrenztheit seiner Funktion auch im Kanzleramt nicht gehabt hat. Ungeachtet dessen ist der Schaden nicht gering, auch wenn man weiß, daß er seit geraumer Zeit noch mehr im Wissen beschränkt wurde. Hier muß noch einmal auf die Bereitschaft des Kanzlers hingewiesen werden, der trotz tiefer menschlicher Enttäuschung unter Hintanstellung persönlicher, parteipolitischer oder gar wahltaktischer Gesichtspunkte aktiv dazu beitrug, daß der Schlag gegen den Spionagering so hart zu führen war, daß das Nest ganz ausgeräumt werden konnte.

Der Fall Guillaume, der sich genau so gut im Bereich der CDU, der CSU oder der FDP ereignen konnte und der ja auch, wie man sich gewiß in allen Lagern erinnern wird, zahlreiche Vorgänger gehabt hat, ist kein Punkt, der zu partei- oder wahltaktischen Nutzen mißbraucht werden darf. Wer glauben sollte, an diesem Fall sein kritisches Süppchen kochen zu können oder zu sollen, wie das in der Aktuellen Stunde des Bundestages schon anklang, der muß wissen, daß er nur schadet: der Allgemeinheit und auch sich selbst. Gegen die Guillaume, ihre Hintermänner und Auftraggeber kann und darf es nur eine gemeinsame Abwehrfront geben.

(ee/26.4.1974/ks/ee)

+ + +

Würdiger Repräsentant des freien Europas  
-----

Willy Brandt erreichte Wendepunkt im Verhältnis Nordafrika-EG

Von Wilhelm Dräscher

Mitglied des Präsidiums der SPD und Präsident des Bundes  
der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Die Reise des Bundeskanzlers nach Algier und Kairo war ein uneingeschränkter Erfolg. Vielleicht sogar noch mehr, denn wenn ihm selbst die Miesmacher von der CDU/CSU einmal einen Erfolg nicht streitig machen, dann muß Ungewöhnliches geschehen sein. Und in der Tat war es bemerkenswert, wie der deutsche Regierungschef in den beiden wichtigen Zentren Nordafrikas empfangen wurde und was er mit Algeriens und Ägyptens Regierungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Europa, EG-Europa, zustande gebracht hat.

Was uns Sozialdemokraten in den Staaten der Europäischen Gemeinschaften mit Genugtuung erfüllt, ist dieses: daß es der Vorsitzende der stärksten sozialdemokratischen Partei der Gemeinschaft war, der diesen Wendepunkt in den Beziehungen zu den westeuropäischen Industrienationen herbeiführen half, der von den Gesprächspartnern Boumediene und el-Sadat eben nicht nur als der Sprecher der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch als einer der führenden Männer der Staaten der Gemeinschaft gesehen wurde. Auch in dieser nicht angestrebten, in der derzeitigen Situation in EG-Europa aber fast unausweichlichen Rolle eines inoffiziellen Sprechers der Staaten der Gemeinschaft hat sich der Bundeskanzler als ein würdiger,

aber auch vertrauenswürdiges Repräsentant erwiesen. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß die demokratischen Sozialisten der Gemeinschaft eher als konservative Kräfte den Nahostländern als Gesprächspartner glaubwürdig sind. Daß der Kanzler sich auch der besonders kritischen Frage des Nahostkrisenherdes und der Haltung seiner Regierung dazu gelassen stellte, dürfte ihm nicht nur bei den Arabern, sondern auch in Israel Verständnis eingetragen haben, auch dann, wenn zu beiden Seiten der Demarkationslinien Wünsche offen geblieben sind.

Es war richtig, daß Willy Brandt sich der Palästina-Frage so stellte, wie das der Ministerrat der EG im November 1972 mit der Erklärung getan hatte, das Schicksal Palästinas und der Palästinenser sei "nicht nur ein humanitäres, sondern auch ein politisches Problem". Aber Willy Brandt hat allen denkbaren Verlockungen, etwa in Kissingers Spuren einer Vermittlerrolle nachzugehen, überzeugend widerstanden. Auch das ist ein Plus für Willy Brandt: Er kennt sehr genau die Möglichkeiten und Grenzen der politischen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und eines deutschen Regierungschefs. Das hat sich einmal mehr als Stärke erwiesen.

Europa und die Bundesrepublik Deutschland können hoffen, daß die Resultate von Algier und Keiro ein Anfang sind. Nächste Stationen könnten Sudi-Arabien, vielleicht auch Libyen sein, wie nicht wenige Beobachter in den letzten Tagen meinten. (-/26.4.1974/ks/ee)

+ + +

Trockenschwimmen nützt da nichts  
-----

CDU-Plan für ärztliche Versorgung ist eine Roßtäuschung

Von Dr. med Hans Bardens MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte

Der schleswig-holsteinische Staatssekretär und Vorsitzende des CDU-Bundesausschusses für Gesundheitspolitik, Professor Dr. Beske, hat kürzlich zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung die Aufstellung von Bedarfplänen durch die Kassenärztlichen Vereinigungen vorgeschlagen. Die Maßnahmen zur Erfüllung des Sicherstellungsauftrages hätten sich dann "vorzugeweise" auf die Besetzung der Arztsitze zu konzentrieren, die in dem Bedarfplan enthalten sind.

Fürwahr, der Prof. Beske ist schon ein toller Hecht im gesundheitspolitischen Karpfenteich mit noch tolleren Ideen! Kaum diskutieren die Gesundheitspolitiker das Problem der Bedarfpläne zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung als erwägenswerten Schritt, ist auch die CDU, vertreten durch Prof. Beske, dabei. Bei näherem Hinsehen erschöpft sich jedoch dieses "Dabei-Sein" allein auf die Benutzung von Worten, die in der Diskussion sind. Vom "Dabei-Sein" in der Sache kann nicht im entferntesten die Rede sein. Dies wäre wohl auch bei der bisherigen Gesundheitspolitik der CDU viel zu verfänglich.

Es ist ein schlimmes Spiel, was hier der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird. Da ist in großen Worten von einem Bedarfplan die Rede, aber zum eigentlichen Kern der Sache, nämlich der Verbindlichkeit dieses Bedarfplanes für die Beteiligten, wird kein Sterbenswörtchen gesagt. Die angesichts des Verfassungsgerichtsurteils über die Niederlassungsfreiheit der Ärzte schwierige Frage der Lenkungsmaßnahmen zur Erfüllung des Bedarfplanes wird ausgeklammert. Ja sogar diejenigen, die diesen Bedarfplan erstellen, brauchen sich nicht daran zu halten, denn sie sollen nur "vorzugeweise die dort ausgewiesenen Arztsitze" besetzen helfen.

Angesichts dieser Sachlage sei die Frage erlaubt, was dieser Plan dann eigentlich noch soll? Er ist ein reiner Feststellungskatalog von Mängeln; er ist kaum Makulatur, ja er ist nicht einmal das Papier wert, auf dem er steht; er ist schlicht und einfach Roßtäuschung.

Wenn die CDU in der Gesundheitspolitik wirklich zu neuen Ufern will, sollte sie wissen, daß sie vorher übers Wasser muß. Trocken-schwimmen nützt da nichts.  
(-/ 26.4.1974/bgy/pr)

+ + +

### Sorgen um die Vielfalt der Presse

---

#### Schwere CDU-Veräumnisse in Baden-Württemberg

Von Dr. Rudolf Schieler MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg

"Eine gesetzliche Regelung hat in Baden-Württemberg deshalb besondere Bedeutung, weil es in unserem Land zahlreiche sogenannte Lokalmonopole in der Tagespresse gibt. Etwa ein Viertel unserer Bevölkerung hat keine Auswahl auf dem lokalen und regionalen Zeitungsmarkt."

Diese Feststellung gewinnt besondere Bedeutung angesichts eines Vorgangs, der unmittelbar vor Ostern nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch weithin im Bundesgebiet die Öffentlichkeit aufschreckte. Ich meine die Fusion und sehr weitgehende Kooperation bedeutender Tageszeitungen vor allem in Zentral- und Nordwürttemberg. Das obige Zitat ist der Begründung zu einem Antrag entnommen, den die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg freilich nicht erst jetzt, sondern schon am 12. Januar 1973 im Landesparlament eingebracht hatte. Die Landesregierung, seit zwei Jahren allein von der CDU getragen, nahm den Vorstoß auf die leichte Schulter und schob die Initiative auf die lange Bank. Die jetzige Entwicklung im Südwesten hat der SPD leider recht gegeben, freilich in einer Weise, wie sich dies niemand wünschen kann, dem es ernsthaft um Freiheit und Vielfalt der Presse geht.

Nun - und dies ist angesichts aktueller Äußerungen von CDU-Seite wichtig zu wissen - das Begehren der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion liegt im Parlament auf dem Tisch. Die Forderung an die Landesregierung geht dahin, alsbald eine Novelle zum baden-württembergischen Gesetz über die Presse vorzulegen. Sie soll vorrangig zur Sicherung der inneren Pressefreiheit eine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Verlegern und Redaktion (Redaktionsstatut) treffen, sowie die regelmäßige Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse bei Unternehmen der Presse vorschreiben. Ferner ist die Regierung in Stuttgart aufgefordert, einen Bericht über Möglichkeiten zur Sicherung und Weiterentwicklung der Presse- und Informationsfreiheit

im Land Baden-Württemberg vorzulegen und Berufsausbildung und Fortbildung der Journalisten auf der Basis des Presserats-Memorandums zu fördern.

Jene ebenso umfassende wie komplizierte Konstruktion einer Konzentration und Kooperation von Tageszeitungen in Württemberg, wie sie uns vor Ostern angekündigt wurde, macht allein schon deutlich, wie sehr es heute und künftig verstärkt darauf ankommt, 1/ Klarheit über Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse in der Presse zu gewinnen und 2/ die Meinungsvielfalt auch und mit in erster Linie durch den Ausbau der inneren Pressefreiheit zu garantieren.

Immerhin steht, neben vielen anderen Vereinheitlichungen und Verzahnungen, schon fest, daß im Land Baden-Württemberg eine weitere große Zentralredaktion aus dem Konzert der Pressestimmen verschwinden wird. Da ist es wenig hilfreich, wenn Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger und andere CDU-Politiker nur klagen und unter anderem ganz pauschal wirtschaftliche Erleichterungen für Presseunternehmen fordern, nachdem man über eine lange Zeit hinweg auf grundsätzliche Fragen zur Struktur der Presse (siehe oben!) die Antwort schuldig geblieben war. Erfreulicherweise ist die Bundesregierung von sich aus tätig geworden, und man darf mit Interesse dem Bericht und den Vorschlägen des vom Bundeskabinett eingesetzten Staatssekretärsausschusses entgegensehen.

Namens der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg habe ich - ausgehend von der aktuellen Situation im Land - darüber hinaus vorgeschlagen, einen gemeinsamen Ausschuß von Politikern, Journalisten und Verlegern zu berufen, der sich auch mit Detailfragen befassen könnte. Darüber wird nach Vorliegen des Berichts der Staatssekretäre wohl weiter zu reden sein. Die insofern positive Stellungnahme des Bundeskanzleramtes zu meinem Vorschlag ist hier mit Genugtuung aufgenommen worden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird im Mai in Stuttgart die anstehenden Probleme mit Sprechern der IG Druck und Papier, der Journalisten- und Verlegerorganisationen sowie auch der direkt betroffenen Zeitungen im Land erörtern.  
(-/ 26.4.1974/ks/bgy/ben)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellier